Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Handelsteil.

Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.00, durch die Post M. 2.75. — Annahme von Ankündigungen Marienstr. 38 b. 8–8, Sonntags bis 12 Uhr. Zur Verkauf: Expedition 8, nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile kostet 8 Silben) 15 Pfg. Für Dienstag oder nach Feiertagen 20 Pfg. Hiermit Strich (Einzelnes) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Gewähr für die wunschgemäße Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Postanweisung.

Für Anfrage erwandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an.

Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.

Unsere Annoncen-Expedition befindet sich
45 Wilsdruffer Strasse 45
(neben der Dresdner Bank und vis-à-vis Hotel goldner Engel).
Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden.

Dresden, 1890.

Trink's Fahrräder
als bestes Fabrikat anerkannt.
Fabrik: Annenstraße 23/25 (Annenhof).

Hermann Herzfeld, Altmarkt.
Garantirt echt schwarze Strümpfe (Patent) für Kinder von 30 Pfg. an, für Damen 75 Pfg.
Glatte Damenstrümpfe ohne Nath 55 Pfg.
Neu: „Minerva" Echt schwarze halbseidene Damenhandschuhe, Mark 1.00 und 1.25.

Reichste Auswahl von Corsets bester Qualität in allen Proben, Façons, Weiten, Farben, Stoffen etc.
Heinrich Plaul, Dresden, Wallstr. 12.

Preuss & Brendecke, Dresden,
König-Johannstrasse 3, part. u. 1. Et.
en gros Posamenten und Knöpfe en detail
Eigene Anfertigung von Posamenten.

Gänzlicher Ausverkauf von Gardinen.
G. D. Blass, Wäschefabrik und Ausstattungsgeschäft, Marienstrasse 9 und Porticus, part. und 1. Etg. Telephon 1382.

Nr. 141. Spiegel: Die kaiserlichen Aeußerungen in Königsberg. Die Journalistenbesuche in Friedrichsruhe. Arbeiterschutzgesetzentwurf. Fernsprechberichte. Hofnachrichten, Dienstbotenkrankenkasse, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. „Oedipus in Kolonos". | Mittwoch, 21. Mai.

Verantwortlicher Redakteur für Politisches Dr. Emil Bierey in Dresden.

Selbstgefühl und Kraft, wie es dem Herrscher eines so großen starken Reichs, wie das deutsche, zukommt, bekunden die Worte, welche der Kaiser zu wiederholten Malen in der altpreußischen Krönungsstadt Königsberg gesprochen hat; sie athmen dabei aber auch aufrichtige Friedensliebe, wie solche nicht minder dem Deutschen Reiche, dem „Horte des Weltfriedens" gut ansteht. Gleichwohl thut die russische Presse so, als wäre sie durch die Aeußerungen des deutschen Kaisers beunruhigt. Schon der Wortlaut der kaiserlichen Aeußerungen macht den Versuch einer kriegerischen Deutung aussichtslos. Kaiser Wilhelm hatte ausdrücklich gesagt: „Gerade das Bewußtsein, daß jeder einzelne Unterthan, jeder einzelne Preuße, Mann für Mann zu seinem König stehend, wenn es Noth thun sollte, Alles zu opfern bereit ist, giebt dem preußischen Könige die Kraft, mit Zuversicht diese Friedensworte reden zu können. Er ist im Stande, den Frieden aufrechtzuerhalten, und Ich habe das Gefühl, daß Denjenigen, die den Frieden umzustoßen wagen sollten, eine Lehre nicht erspart bleiben wird, welche sie in 100 Jahren nicht vergessen werden." Das ist ja der Grundgedanke der auswärtigen Politik Deutschlands und insbesondere auch der der neuen Militärvorlage: unsere Wehrkraft soll so stark sein, daß sie vor jedem Friedensbruch im Hinblick auf die Folgen abschreckt. Ist dies den Russen unangenehm zu hören, so kann man daraus nur auf böses Trachten schließen; eine Unfreundlichkeit gegen Rußland liegt in den kaiserlichen Worten nicht. Ein deutscher Kaiser und preußischer König wird doch wohl seinen Grenzprovinzen seinen Schutz verheißen dürfen, zumal, wenn der Nachbar so gewaltige Heere in ihrer Nähe zusammenzieht. Die russische Presse aber verbirgt ihren Aerger hinter Ruhmredigkeiten. So prahlt der am Zarenhofe vielgelesene Graidhanin: „Eines aber ist unzweifelhaft, im gegebenen Falle wird ein ostpreußisches Schwert lange nicht hinreichend sein, weder den Feind einzuschüchtern, noch auch zur thatsächlichen Vertheidigung der ostpreußischen Grenzen. Dazu dürfte auch das Schwert des gesammten Deutschlands nebst den verbündeten Schwertern der Herren Oesterreicher und Italiener schwerlich genügen!...." Doch wohl, ihr Herren Moskowiter! Man braucht jedoch diesen Faden nicht weiter zu spinnen. In wenig Wochen wird unser Kaiser den Zaren in seinem Reiche besuchen und dort einen prüfenden Blick auf den Stand der russischen Streitkräfte werfen. Diese freundschaftliche Begegnung der benachbarten Herrscher gehört doch unzweifelhaft nicht zu den kriegerischen Anzeichen.

Schloß Friedrichsruhe im Sachsenwald ist das Pilgerziel nicht blos von dem Fürsten Bismarck befreundeten Diplomaten, sondern weit mehr noch von wißbegierigen und schreibselligen Journalisten. Einer giebt dem Anderen die Klinke in die Hand. Die frühere Abneigung Bismarcks gegen die Presse und ihre Vertreter (man weiß nicht, welche größer war) scheint anderen Empfindungen gewichen zu sein. Es sind jedoch neuerlich weniger deutsche als ausländische Zeitungsschreiber, denen die Ehre eines Interviews mit dem „abgehafterten" Reichskanzler, wie er sich selbst nannte, zu Theil wird. Das ist insofern ein Vortheil, als sich die Gespräche nicht sowohl um die Ursachen und Vorgänge bei seiner Entlassung, sondern mehr um geschichtliche Ereignisse aus der amtlichen Wirksamkeit des früheren Kanzlers drehen. Freilich vermag Niemand zu sagen, was von dem Erzählten Wahrheit oder Dichtung, wieviel Eigenthum des Fürsten Bismarck oder Zuthat und Mache des Schriftstellers ist. Einzelne Aussprüche klingen in ihrer originellen Fassung so, daß sie Jedermann als Leistungen Bismarcks erkennt, aber wurden sie in diesem Zusammenhange gethan? Der Erzähler rückt sie nicht selten in die ihm passende Beleuchtung und dadurch nehmen sie ein ganz anderes Ansehen an. Andere wieder sind offenbar freie Erfindungen. Es werden dem Fürsten Aeußerungen in den Mund gelegt, die er unmöglich, oder unmöglich so gethan haben kann. Alles Dies beeinträchtigt den Werth dieser „Interviews" in hohem Grade, soviel anziehende Beiträge zur zeitgenössischen Geschichte oder fesselnde Urtheile über auswärtige Staaten sie beibringen. Von den neuerlichen fremden Journalisten, mit denen Bismarck plauderte, haben die Herren de Houx vom Pariser Matin, ein sich verborgen haltender Mitarbeiter des Figaro und der Redakteur Lwow von der russischen Nowoje Wremja zum Theil sehr Interessantes, zum Theil sich schnurstracks Widersprechendes, zum Theil völlig Unglaubhaftes berichtet. Die ausländischen Zeitungsschreiber lassen, bestenfalls, den früheren Kanzler so sprechen, wie er vom Standpunkt eines Franzosen, Russen u. s. w. gesprochen haben müßte. Einen so rechten Nutzen können wir für das Vaterland aus diesem ganzen Krimskrams nicht herausspringen sehen.

Am zweiten Tage der Verhandlungen über den Arbeiterschutz-Gesetzentwurf kam die Sozialdemokratie durch ihr Mitglied Grillenberger zu Worte. Wider Erwarten urtheilte derselbe über den Regierungsentwurf lange nicht so absprechend, als man nach den Aeußerungen seiner Parteipresse vermuthen mußte. Er erkannte das Gute an demselben an und ließ sich zu dem Zugeständniß herbei, daß er vieles Gute enthielte und einen wesentlichen Fortschritt zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen darstelle. Namentlich rühmte Herr Grillenberger die Bestimmungen über die Sonntagsruhe, die Kinder- und die Frauenarbeit u. s. w. Da der ihm als Redner folgende Wortführer der Großindustrie, Abg. v. Stumm, diesen Abschnitten des Regierungsentwurfes gleichfalls zustimmte, so gewinnt der Gedanke: diese Abschnitte, bezüglich deren Uebereinstimmung herrscht, gesondert zu behandeln und sie behufs ihrer alsbaldigen Einführung als Gesetz zu veröffentlichen, an Bedeutung. Die Arbeiter kämen auf diese Weise am raschesten in den Besitz dieser ihnen zugedachten Wohlthaten. Natürlich ließ Herr Grillenberger an anderen Abschnitten des Entwurfs kein gutes Haar, also namentlich an den Bestimmungen, die von den Arbeitsbüchern und von der Lohnzahlung Minderjähriger an ihre Eltern und von der Bestrafung zur Verleitung vom Contraktbruch handeln. Sehr beklagte Herr Grillenberger das Fehlen einer Bestimmung über den Maximalarbeitstag. In diesem Stücke pflichten wir ihm bei. Eine Grenze für die höchste Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft muß gesetzlich gegeben sein und mit der 10-Stundenarbeit ist wohl das Richtige getroffen. Daß für einzelne Betriebe, ihrer Natur, Gefährlichkeit und Mühseligkeit nach, unter diese Grenze gegangen werden muß, ist ebenfalls unbestritten. Dies im Einzelfalle zweckmäßig zu bestimmen, ist Sache des Bundesraths. Die Verkürzung der Arbeitszeit ergiebt sich nothwendig aus der maschinellen Entwickelung im neuzeitlichen Gewerbebetrieb. Aber diese Verkürzung darf nicht so weit gehen, daß die Industrie unlohnend wird und zum Stillstand kommt. In den Industriegegenden Spaniens sehen sich jetzt zahlreiche Fabrikanten gezwungen, ihre Etablissements zu schließen, weil sie infolge der gewaltsamen Verkürzung der Arbeitszeit nicht bestehen können. An diese Folge haben die spanischen Arbeiter, als sie für den Achtstundentag agitirten, nicht gedacht. Herr Grillenberger macht sich's freilich ziemlich leicht. Indem er von einer „Ausbeutungssucht" der Unternehmer, von ihrer „Unersättlichkeit", ihrer „Profitwuth" und wie sonst die sozialdemokratischen Hetzworte lauten, redet, thut er so, als könne die Industrie auch die unerträglichsten Lasten auf sich nehmen; man wolle ihr nur „die Profitrate beschneiden". Es giebt auch hier eine unübersteigbare Grenze. Wirft der Gewerbebetrieb keinen Gewinn mehr ab, Wer soll dann noch seine Sorgen, Mühen und Verantwortlichkeiten auf sich nehmen?

Feruschreib- und Ferusprech-Berichte vom 20. Mai.

Berlin. Reichstag. Die erste Berathung der Novelle zur Gewerbeordnung (Arbeiterschutzgesetz) wird fortgesetzt. Minister Frhr. v. Berlepsch: Die Aufnahme der Vorlage im Hause sei keine ungünstige; daran könnten auch die gestrigen Ausführungen Grillenberger's nichts ändern. Entschieden zurückzuweisen sei die Behauptung, daß die Regierung die kaiserlichen Erlasse unausgeführt lasse. Es sei überhaupt nicht angängig, daß man eine Anordnung des Kaisers unter den Tisch fallen lasse. Habe ein Minister Bedenken gegen die Ausführung eines kaiserlichen Wunsches, so habe er dieselben vorzutragen. Würden seine Bedenken nicht behoben, so habe er die Ausführung des kaiserlichen Willens einem Andern zu überlassen. Zurückzuweisen sei ebenso der Vorwurf, daß die Vorlage im Interesse der Unternehmer gemacht sei. Sie sei im Interesse der Allgemeinheit aufgestellt, ohne Rücksicht auf Parteimeinungen und ohne Rücksicht auf irgendwelche Sonderinteressen. Eine deutsche Uebersetzung der Verhandlungen der Arbeiterschutzkonferenz erscheine demnächst. Die Vorlage ermögliche die Herbeiführung der erwünschten Gestaltung der Verhältnisse, ohne die Industrie noch mehr zu erschüttern. Der internationale Arbeiterschutzkongreß habe die Sicherheit dafür ergeben, daß die internationale Ausgestaltung in der Gesetzgebung in keiner Weise unmöglich erscheine. Der Minister vertheidigte sodann die Bestimmungen gegen den Kontraktbruch. Er theilte eine Statistik mit, wonach von 225,000 streikenden Arbeitern nicht weniger als 87 Proz. kontraktbrüchig wurden. Es handele sich um die Heiligkeit des gegebenen Wortes. Der Maximalarbeitstag sei diskutirbar. Die deutsche Regierung halte nicht an dem Grundsatze fest, daß die ländlichen Arbeiter davon auszuschließen seien — ein Standpunkt, der aber von England, Frankreich und Belgien vertreten werde. Die augenblicklichen Verhältnisse ließen es aber nicht angezeigt erscheinen, schon heute an der Ausführung des Maximalarbeitstages für die männlichen Arbeiter heranzutreten. Auch seien die Ansichten darüber in der Arbeiterschaft getheilt. Es scheine am richtigsten, die Herbeiführung der Maximalarbeitszeit den Verhältnissen der einzelnen Betriebe und den lokalen Verhältnissen zu überlassen, wie dies ja auch in England geschehen sei. Für Preußen sei eine Vermehrung der Fabrikinspektorenstellen in Aussicht genommen. (Beifall.) Von der Zulässigkeit der Lohnzahlung an die Eltern minderjähriger Arbeiter versprechen sich zahlreiche Arbeitgeber und gemeinnützige Vereine gute Folgen. Liebermann v. Sonnenberg (Antisemit): Die Bestimmungen über die Sonntagsruhe seien der wichtigste Theil der Vorlage. Hoffentlich entschlössen sich auch die jüdischen Geschäftsleute dazu, die Feiertage auf den Sonntag zu verlegen, denn wöchentlich zwei Feiertage werde man in diesen Geschäften wohl nicht einführen wollen. Wir aber müßten auch die Ruhe am Sonntag halten. Die sonntägliche Postbestellung der an Juden adressirten Sendungen sollte man unterlassen, wenn die Adressaten am Sonnabend die Unterschrift konfessioneller Bedenken wegen nicht geben wollten. Dr. Hirsch (freis.): Die Reserve-Armee, auf welche Grillenberger rechne, betrage höchstens 5 Proz. der Arbeiter und könne den Ausfall an Arbeitszeit durch Einführung des Maximalarbeitstages nicht decken. Was Stumm fordere, sei der Feudalismus für die Arbeitgeber, die Leibeigenschaft für die Arbeiter. Die Presse habe schon im Anschluß an die Stumm'sche Rede die Forderung geltend gemacht, daß die Arbeiter zur Verheirathung die Erlaubniß des Arbeitgebers beibringen sollen. Wenn man das Auftreten der Arbeiter der rauhen Form wegen tadele, so solle man bedenken, daß die Arbeiterbewegung auch ihre Flegeljahre durchzumachen hatte. Die Bestimmungen zum Schutze der Kinder seien freudig zu begrüßen, doch empfehle sich die Beseitigung der Feststellung von Ausnahmen seitens des Bundesrathes zu Gunsten einzelner Industriebetriebe. Eine gleichmäßige Bemessung der Arbeitszeit für die jungen Leute sei im Interesse der Sittlichkeit und Erziehung nöthig. Die Fabrik-Inspektionen sollte man zum Reichsinstitut machen. Ditze (Centrum) befürwortet umfangreiche Sicherung der Sonntagsruhe. Es müsse auch verhindert werden, daß der Arbeiter übermüdet und übermüdet von der Arbeit den Sonntag zubringt. Der soziale Sonntag sollte eigentlich 36 Stunden haben. Die Frauen sollten bei ihrer Beschäftigung in den Fabriken ebenso behandelt werden, wie jugendliche Arbeiter. Aus der Abneigung der Arbeiterkreise gegen den Achtstundentag könne man nicht allgemein auf eine Abneigung gegen den Normalarbeitstag überhaupt schließen. Die Haushaltungs- und Fortbildungsschulen sollten höchstens fakultativ, nicht aber als Zwangsschulen eingerichtet werden. Die Zuchtlosigkeit der Jugend sei ein Produkt der sozialdemokratischen Anschauungen von der Familie. Wo man die elterliche Zucht durch Staatsbeamte ersetzen wolle, müsse das Familienleben naturgemäß Schaden leiden. Die strenge, auf den Kontraktbruch gesetzte Strafe sei bedenklich. Nachdem wir die bedeutenden Streikbewegungen nun einmal haben, wäre wohl eine Organisation zur Schlichtung solcher Streikfragen das Beste. Von diesem Gesichtspunkte aus wären Arbeiter-Ausschüsse und Arbeitsämter einer genauen Prüfung bedürftig. Die Berufsgenossenschaften, die leider aufgegeben seien, würden ein sehr geeignetes Institut für die Organisation der Arbeiterschiedsbehörden gewesen sein. Dr. Kromatschek (kons.) theilt die Bedenken gegen Arbeiterausschüsse mit. Mit den strengeren Strafbestimmungen sollten nur gewerbsmäßige Agitatoren betroffen werden, welche in gewissenloser Weise die Arbeiter zum Kontraktbruch verleiten. Eine weitere und umfangreiche Organisation der Arbeiter wäre wohl zu wünschen. So lange wir diese nicht haben, könnten wir uns mit der Vorlage begnügen. Mit der Gewerbeordnung allein könne man die sozialen Schäden nicht heilen. Auch die Besitzenden hätten die Pflicht, den christlichen Sinn zu fördern und so das Ihrige beizutragen. Hierauf wird die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen. Morgen Anträge und Interpellationen.

Berlin. Der Finanzminister v. Scholz ist recht leidend. Ob aber sein Befinden sein Verbleiben im Amte unmöglich macht, ist, wie die „Nordd. Allg. Ztg." mittheilt, ihm überlassen, zu entscheiden. Von einem Nachfolger ist noch nicht die Rede. — Die Meldung auswärtiger Blätter, der Kaiser habe der Wiederwahl des Herrn v. Forckenbeck zum Oberbürgermeister von Berlin die Bestätigung versagt, ist falsch. Dem Kaiser hat die Sache noch gar nicht vorgelegen. Bei der heutigen Wahl des Vorsitzenden des geschäftsführenden Ausschusses der freisinnigen Fraktion im Reichstage fiel Eugen Richter durch. An seiner Stelle wurde Schrader gewählt.

Berlin. Graf Schuwaloff stattete dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruhe einen Besuch ab. — Der Reichskanzler v. Caprivi hat der Reichstagskommission für die Militärvorlage schriftlich mitgetheilt, daß er der Kommission eingehendere Mittheilungen über die politische Situation zu machen, zu seinem Bedauern außer Stande sei. Was speziell den Dreibund angeht, heißt es in dem Schreiben, so würde ich nur die offenkundige Thatsache wiederholen können, daß er unverändert fortbesteht und in den Beziehungen der Verbündeten zu einander nirgends eine Aenderung eingetreten ist. — In der heutigen Kommissionssitzung wurden secrete Mittheilungen über die Wehrverhältnisse Oesterreichs und Italiens gemacht, dann kam es zwischen den Regierungskommissaren Major Gaede und Richter zu längeren Auseinandersetzungen über das Zahlenverhältniß der französischen Wehrkraft zur deutschen. Weiterberathung morgen. — Der Reichstag, der sich morgen vertagt, nimmt seine Plenarsitzungen erst am 9. Juni wieder auf. Die Kommissionen treten früher zusammen. — Die Reichstagskommission für die Gewerbegerichte nahm den sozialdemokratischen Antrag, wonach die Gewerbegerichte auch für Streitigkeiten der Arbeiter untereinander über eine ihnen gemeinsam übertragene Arbeit zuständig sein sollen, einstimmig an.

München. Der Magistrat beschloß einstimmig, die Regierung um Gewährung der Einführung von Rindern und Kälbern zum Münchner Schlachthof anzugehen.

Wien. Vormittags fand in Anwesenheit des deutschen Botschafters, des Prinzen Reuß und Gemahlin die feierliche Eröffnung des von letzterer gestifteten deutschen Erzieherinnenheims statt. An der Feier nahmen auch Prinz Gustav von Sachsen-Weimar und die Gesandten Bayerns, Sachsens und Württembergs Theil.

Pilsen. Viele Hunderte von Streikenden zogen gestern zu den Schächten des Mitrschauer Reviers und hinderten mit Gewalt die Arbeit in den Maschinen- und Kesselhäusern. In mehreren Schächten ließen die Arbeiter Dampfpfeifenwasser ausströmen. Truppen trafen erst Abends ein. Auch in den Schächten der Mirelschauer und Lippitzer Kohlenwerke wurde die Arbeit eingestellt. Im Ganzen sind etwa 6000 Arbeiter ausständig.

Die Berliner Börse zeigte keine einheitliche Tendenz. Banken und Renten waren fest, Bergwerke niedriger. Von deutschen Bahnen konnten sich nur Ostpreußen gut behaupten. Oesterreichische vorwiegend etwas besser. Gegen Schluß trat, vom Bergwerksaktienmarkt ausgehend, sowie in Folge von Realisationen und schwächeren Meldungen aus London und Paris eine allgemeine Abschwächung ein. Im Kassaverkehr waren Banken fest, ebenso österreichische Bahnen, deutsche Bahnen still, Bergwerke schwächer. Für Industrieen bestand wenig Interesse. Deutsche Fonds und österreichische Prioritäten fest. Privatdiskont 3½ Proz. Nachbörse abgeschwächt. — Wetter: Schön und heiß, O.-S.-O.-Wind.

Frankfurt a. M. (Abendbl.) Credit 250,75. Staatsb. 192,60. Lomb. 110,50. Galizier —,—. Egypter 97,90. Ungar. Gold. 83,90. Diskonto —,—. Dresdn. Bk. 149,30. Laura 156,10. Gelsenkirchen —,—. Ermattend.

Paris. (Schluß.) Rente 94,10. Anleihe 106,15. Italiener 97,15. Staatsbahn 482,50. Lombarden 300,00. ex. Prioritäten —. Spanier 76½. Egypten 495,25. Ottomanen 564,00. Giocondit —,—. Ruhig.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Mai 25,80, per Sept.-Dezbr. 23,90, fest. Mehl per Mai 56,50, per Sept.-Dezember 56,00, ruhig. Rüböl per Mai 69,75, per September-Dezember 68,00, behauptet.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per Mai —, per Novbr. 200. Roggen per Mai 135, per October 122.

Oertliches und Sächsisches.

— Wegen des erfolgten Ablebens Ihrer Königlichen Hoheit der verwittweten Erbprinzessin Helene von Thurn und Taxis geb. Herzogin in Bayern wird am hiesigen Königl. Hofe die Trauer auf zwei Wochen vom 20. Mai bis mit 2. Juni d. J. angelegt.

— Se. Königl. Hoheit, Prinz Friedrich August traf am Sonntag in Bukarest ein. Der Erbprinz von Rumänien empfing den Prinzen bereits in Giurgevo, der König am Bahnhof in Bukarest. Am Abend fand zu Ehren des Prinzen ein Galadiner auf dem Schlosse statt.

— Ihre Hoheit die Frau Herzogin von Schleswig-Holstein beehrte die Naturalien- und zoologische Handlung von O. Hromada, Moritzstraße 13, mit ihrem Besuche.

— Für langjährige hervorragende Thätigkeit im Feuerlöschwesen erhielt der Klempnermeister Oskar Büttner in Leipzig das von Sr. Maj. dem König gestiftete goldene Ehrenzeichen. Dasselbe wird am weiß und grünen Bande auf der linken Brust getragen.

— Der Rath hat für die erste Stadtbaumeisterstelle beim Hochbauamt den Regierungsbaumeister Rettig in Berlin; für die erste Stadtbauinspektorstelle den Regierungsbaumeister Leonhardi in Leipzig und für die Assistentenstelle den Architekten Sachse, hier, erwählt.

Friedrich & Glöckner, Zwingerstr. 15, Schäferstr. 74 und Löbtau. Spec.-Geschäfte f. Lacke, Firnisse u. Farbenwaaren, eigene Fabrikation.